

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 18 (1926)

Heft: 9

Artikel: Der Internationale Gewerkschaftsbund

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352235>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ausbeutung entzogen und der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden soll. Die Parole ist: Lieber teures Brot als Staatswirtschaft.

Die Arbeiterschaft aber hat ein Interesse daran, lebenswichtige Betriebe der Profitwirtschaft zu entziehen und der gemeinwirtschaftlichen oder der genossenschaftlichen Betriebsform zu unterstellen, um sie immer mehr den Interessen der Allgemeinheit dienstbar zu machen.

Genossenschaften. Der Programmpunkt „Förderung der genossenschaftlichen Bewegung“ soll nicht missverstanden werden. Es soll nicht den Sinn haben, dass, wo drei Menschen zusammenkommen und eine Genossenschaft gründen wollen, nun für die Gesamtbewegung eine moralische Pflicht bestehe, eine solche Unternehmung zu unterstützen. Es muss einmal gesagt werden, dass der Genossenschaftsgedanke durch unzählige gutgemeinte, aber schlecht vorbereitete und miserabel geführte Genossenschaftsunternehmungen schwer diskreditiert wurde. Wo das Bedürfnis nicht erwiesen, wo die richtige Fundierung nicht gegeben ist, wo die Leitung nicht in bewährten Händen liegt und wo der genossenschaftliche Geist selber fehlt, ist kein Gediehen. Auch ein genossenschaftlicher Betrieb muss, will er innerhalb der kapitalistischen Welt gediehen, nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet werden. Die Wege scheiden sich erst beim Geschäftsergebnis. Im einen Fall kommt es dem Privatunternehmer zugut, im andern der genossenschaftlichen Organisation.

Krieg dem Kriege.

Die antimilitärische und die Abrüstungspropaganda können an sich wohl nicht als Programmpunkte einer wirtschaftlichen Organisation bezeichnet werden. Wenn heute, ausgehend von den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskongresse, die Antikriegspropaganda als Gewerkschaftsaufgabe bezeichnet wird, so gerade aus den Erfahrungen und Erlebnissen der Kriegsjahre heraus, die gezeigt haben, dass es geradezu verbrecherisch ist, angesichts der kulturzerstörenden Ergebnisse des Krieges, angesichts der ungeheuerlichen Heimsuchung der besitzlosen Volksklassen, die Wiederkehr solcher Ereignisse mit fatalistischem Gleichmut zu erwarten.

Der Gewerkschaftsbund unterstützt daher alle Bestrebungen, die der Abrüstung dienen und die geeignet sind, künftige Kriege unmöglich zu machen. Dabei kann das Hauptgewicht keineswegs darauf gelegt werden, den Krieg durch den Generalstreik zu bekämpfen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass dies meist eine bequeme Ausrede ist, nichts zu tun, bis es zu spät ist. Vielmehr muss die geistige Abrüstung systematisch so gefördert werden, dass der Kriegsgedanke selber

unmöglich wird, ad absurdum geführt wird. Dass das keine Utopie ist, zeigt uns heute schon Dänemark.

Der Wust ererbter und anerzogener kriegerischer Instinkte, chauvinistischer Verbohrtheiten und falscher Ehrbegriffe muss aus den Köpfen der Menschen, vor allem der Arbeiter verschwinden und eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens geschaffen werden. Wie es die Moral heute ablehnt, dass der Einzelne sich mit Anwendung von Gewalt Recht verschafft, so muss es eine Moral geben, die die Gewalt im Verkehr der Völker untereinander verwirft und an deren Stelle die friedliche Verständigung setzt.

Schlusswort.

Das Programm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist, wie unser Kommentar zeigt, wirtschaftlicher Art. Es bewegt sich mit Ausnahme der Militärfrage durchaus auf dem sozialen und wirtschaftlichen Boden unserer Gesellschaft. Es ist aber klar, dass es nicht ausschliesslich mit gewerkschaftlichen Mitteln durchgesetzt werden kann. Schon die Vorbedingung zu den notwendigen gewerkschaftlichen Aktionen ist politische Bewegungsfreiheit. Die Durchführung einer zweckmässigen Arbeiterschutzgesetzgebung und einer wirksamen Sozialversicherung sind überhaupt nur denkbar unter dem Schutze politischer Rechte und Freiheiten. Darum ist für die Arbeiterschaft die Gewährleistung weitgehender politischer Bewegungsfreiheit nicht nur ein natürliches Menschenrecht, sondern eine Lebensnotwendigkeit.

Es ist der Arbeiterschaft die politische Lage nicht gleichgültig. Sie muss in dem Moment aus ihrer politischen Reserve heraustreten, da die politische Reaktion sich breitzumachen sucht, um unter irgendwelchen Vorwänden deren Rechte einzugehen oder den legalen Kampf der Arbeiterklasse mit politischen Mitteln zu verunmöglichen.

Dagegen wird die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ihre volle Unterstützung allen Bestrebungen leihen, die der Beseitigung von Klassenprivilegien dienen und das Gesamtwohl fördern.



Der Internationale Gewerkschaftsbund.

Am 3. Septembersonntag 1926 und in der anschliessenden Woche soll in der gesamten dem Internationalen Gewerkschaftsbund (I. G. B.) angeschlossenen Gewerkschaftswelt die 25jährige Gedenkfeier der Gründung der internationalen Verbindung der Gewerkschaften stattfinden. So kurz die Zeitspanne von 25 Jahren im Völkerleben ist, es werden sich nur wenige der heutigen Gewerkschaftsmitglieder an diesen Geburtstag des I. G. B. erinnern.

Das Tempo der organisatorischen Entwicklung wird durch die Tatsache beleuchtet, dass die Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen erst 25 Jahre nach

der Auflösung der Internationalen Arbeiterassoziation es wagen konnten, den Versuch zu unternehmen, einen internationalen Zusammenschluss anzubauen.

Die erste Konferenz fand anlässlich eines Gewerkskongresses in Kopenhagen im Jahre 1901 statt. Es nahmen daran die Vertreter von Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Norwegen und Schweden teil. Man hegte an dieser Konferenz keine hochgespannten Erwartungen. Die Gewerkschaftsvertreter wussten zu gut, wie ungemein schwierig die internationale Verständigung ist. Ihr stehen nicht nur die Sprachverschiedenheiten hindernd im Wege; von nicht geringer Bedeutung sind die Verschiedenheiten der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, von Erziehung und Kultur, Rasse und Temperament. Die Gewerkschaften der einzelnen Länder hatten sich ganz unabhängig von einander entwickelt. Die Engländer standen fest auf dem Boden der Berufsverbände. Sie waren zu jener Zeit politisch noch ziemlich indifferent; eben erst war die Labour Party gegründet worden. Die Deutschen hatten ihre Zentralverbände. Sie standen stark unter sozialdemokratischem Einfluss, wenn auch die politische Betätigung in den Gewerkschaften durch die Vereinsgesetzgebung stark gehemmt war. Die Franzosen hingegen huldigten den Generalstreiktheorien; sie waren jeglicher parlamentarischer Tätigkeit abgeneigt. Die übrigen Länder zeigten sich von diesen drei Hauptströmungen mehr oder minder stark beeinflusst. Trotzdem, das Bedürfnis nach einem engen Zusammenschluss war da.

Wie in einem einzelnen Beruf die Möglichkeit weitern Aufstiegs auch bei guter Organisation abhängig davon ist, dass die übrigen Berufe nicht allzustark zurückbleiben, ist es auf internationalem Boden für die Arbeiter eines gutorganisierten Landes nicht mehr möglich, ihre Positionen zu halten oder zu verbessern, wenn ringsum erbärmliche Arbeitsbedingungen bestehen. Die Unternehmer beriefen sich immer mit Vorliebe auf die schlechten Lebens- und Arbeitsverhältnisse des Auslandes, wenn Lohn- oder Arbeitszeitforderungen gestellt wurden, oder wenn es sich um Fragen des Arbeiterschutzes oder der Sozialversicherung handelte.

Die Landeszentralen empfanden es als ausserordentlich hemmend, dass oft keine Möglichkeit bestand, gegenüber der tendenziösen Unternehmerberichterstattung über die lange Arbeitszeit und die geringen Löhne der Arbeiter in fremden Ländern die objektiven Tatsachen feststellen zu können.

Die Konferenz von Kopenhagen wusste, dass es nicht möglich sein werde, die Landeszentralen unter einen Hut zu bringen, wenn die Verhandlungen sich auf das Gebiet gewerkschaftlicher Grundsätze oder gewerkschaftlicher Taktik erstrecken würden. Sie legten sich daher Beschränkung auf mit der Errichtung eines einfachen Informationsbureaus zur Organisierung der Auskunftsteilung. Als Sekretär dieses Bureaus im Nebenamt wurde 1903 Karl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (heute Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund), bestimmt.

Im Jahre 1913 wurde auch beschlossen, es solle jede angeschlossene Landeszentrale dem internationalen Sekretariat einen jährlichen Bericht über ihr Land erstatten. Von 1904 bis zum Krieg erschienen diese Berichte regelmäßig. Sie enthalten sehr instruktives Material über die einzelnen Länder. Man muss es sehr bedauern, dass diese Berichterstattung nicht beibehalten wurde.

Die Aufgaben der internationalen Solidarität umschrieb die Konferenz in Amsterdam im Jahre 1905 wie folgt: «Aufgabe der (jährlichen) Konferenz ist, zu beraten über den engen Zusammenschluss der Gewerkschaften aller Länder, über einheitlich zu führende Ge-

werkschaftsstatistiken, über gegenseitige Unterstützung in den wirtschaftlichen Kämpfen und über alle mittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehenden Fragen. Ausgeschlossen von der Beratung sind theoretische Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung der einzelnen Länder betreffen.

Im Jahre 1907 kam man zur Aufstellung von Freiüigkeitsbestimmungen, wodurch den im Ausland reisenden Mitgliedern der Verbände der Uebertritt in die entsprechende Gewerkschaftsorganisation und die Inanspruchnahme der Unterstützungen gewährleistet wurde.

Im gleichen Jahr wurde für die Verbände die Pflicht statuiert, sich ihren Landeszentralen anzuschliessen, und der Grundsatz aufgestellt, dass Verbände, die den Landeszentralen nicht angeschlossen sind, auch den Berufsinternationalen nicht angehören können. 1911 wurden Leitsätze über das Verfahren und die Kompetenzen bei internationalen Hilfsaktionen aufgestellt, die heute noch gelten, aber nicht immer beobachtet werden.

Schliesslich wurde auch das Problem des internationalen Arbeiterschutzes in den Aufgabenkreis aufgenommen. Die Konferenz von 1910 befasste sich mit dem Verbot der Nacharbeit, der Förderung der Einführung des Achtstundentages und der Regelung der Heimarbeit.

Auf der Konferenz in Zürich im Jahre 1913 wurde schliesslich der bisherige Name Internationales Sekretariat abgelegt und die Bezeichnung Internationaler Gewerkschaftsbund gewählt. Damit war dokumentiert, dass die international verbundenen Landeszentralen im Begriffe seien, ihrem bisher losen Bund eine konkrete Form zu geben.

Der Beitrag war im Jahre 1903 auf 50 Pfennig pro 1000 Mitglieder festgesetzt worden. Er wurde 1907 auf 1.50 Mark, 1913 auf 4 Mark pro 1000 Mitglieder erhöht und betrug im reorganisierten I.G.B. 1919 12.5 fl. pro 1000 Mitglieder.

Die Entwicklung des I.G.B. wurde durch den Kriegsausbruch im Jahre 1914 jäh unterbrochen. Die Unterbrechung war nicht nur eine mechanische, hervorgerufen durch die Sperrung der Grenzen, sie gestaltete sich vielmehr zu einer moralischen Katastrophe infolge der Einstellung der Arbeiterschaft zur Kriegsfrage. Die Kriegspsyche und der Chauvinismus haben der Arbeitersbewegung ungeheure Schaden zugefügt, der noch Jahrzehnte nachwirken wird.

Während nun aber auf die politischen Parteien das volle Mass der Verantwortung für die Entgleisungen der Kriegszeit fällt, kann der I.G.B. geltend machen, dass die Stellungnahme zu Krieg und Militarismus nicht in sein Tätigkeitsgebiet gehörte, sondern ganz im Gegenteil davon ausgeschlossen war.

Während des Krieges ging jedes Land seine eigenen Wege. Mit der Zeit bildete sich so quasi eine Interessengemeinschaft der Gewerkschaften der Ententeländer, die ihre besondern Konferenzen abhielten. Dabei befassten sie sich auch mit der Aufstellung eines internationalen Arbeiterschutzprogramms, das die Grundlage für den gesetzlichen internationalen Arbeiterschutz bilden sollte.

Zur Behandlung dieses Arbeiterschutzprogramms und zur Behebung der Differenzen zwischen den internationalen Gewerkschaften berief der schweizerische Gewerkschaftsbund auf den 1. Oktober 1917 eine Konferenz nach Bern ein. Erfreulich war, dass zu dieser Konferenz sowohl Vertreter der Ententeländer, als auch solche der Zentralstaaten angemeldet waren. Die ersten waren am Erscheinen allerdings verhindert, da ihnen die Pässe verweigert worden sind. Die Konferenz,

wie auch eine weitere, die im Februar 1919 in Bern stattfand, leisteten gute Vorarbeit für den internationalen Arbeiterschutz. Der Initiative der Gewerkschaften ist der Teil XIII des «Friedensvertrages» zu verdanken, aus dem das Internationale Arbeitsamt hervorging.

Im Sommer 1919 wurde in Amsterdam der alte Internationale Gewerkschaftsbund liquidiert und auf erweiterter Grundlage der I. G. B. errichtet. Zur Gründungskonferenz wurden alle Länder eingeladen. Das Komitee in Amsterdam, das die Einladungen ergehen liess, wurde ganz besonders daran erinnert, nur ja die russischen Gewerkschaften nicht zu vergessen. Die Russen wurden eingeladen, sie erschienen aber nicht, gaben auch keine Gründe für ihr Nichterscheinen an. Dagegen wurde im kommenden Jahr nach einem gewaltigen Propagandaufwand und unter grossen Schimpfkanonen gegen die «Amsterdamer» die «Rote Gewerkschaftsinternationale» gegründet. Die Parole, die von Moskau ausging, lautete: Nieder mit der gelben Verräterinternationale in Amsterdam, es lebe die Einheitsfront der Weltrevolution.

Viele Kräfte wurden vertan im Kampf um die «wahre» Internationale und damit der Arbeiterschaft grosser Schaden zugefügt. Heute dürften wohl auch die, die damals die ersten Rufer im Streite waren, zu der Ueberzeugung gekommen sein, dass der Sache der Russen selber durch diese Spaltungsversuche in Westeuropa unendlicher Schaden zugefügt wurde. Ob es möglich sein wird, in der nächsten Zukunft den Weg der Verständigung zu finden, wird sich bald zeigen. Die Voraussetzung dazu ist allerdings die, dass die Autonomie der Länder in ihren innern Angelegenheiten nicht angetastet wird, und zu dieser selbstverständlichen Forderung wollte sich bisher weder die Rote Internationale noch die III. Internationale verstehen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gab sich 1919 ein umfassendes Programm, das 1922 und 1924 noch erweitert wurde. Es wurde ein Sekretariat mit einem Stab von Mitarbeitern errichtet. Dieses Sekretariat befasst sich mit sozialpolitischen und mit weltwirtschaftlichen Fragen. Bei dem heutigen Chaos ist seine Tätigkeit natürlich sehr gehemmt und erschwert. Es wurde versucht, in den aktuellen Problemen eine Abklärung herbeizuführen und Richtlinien für die internationale Lösung der Probleme aufzustellen. Die Macht der Arbeiterschaft reicht aber heute noch nicht aus, um diesen Richtlinien Geltung zu verschaffen. Zunächst gilt es, dass die Gewerkschaften selber immer mehr dazu kommen, in sozialpolitischen und in wirtschaftspolitischen Fragen international zu denken.

Im Gegensatz zum alten I. G. B. hat der neue I. G. B. die antimilitaristische Propaganda als Programm punkt aufgenommen. Die hinter uns liegenden Ereignisse haben uns darüber belehrt, dass es sich hier nicht um platonische Resolutionen für den Fall des Krieges handeln kann, dass vielmehr eine zielbewusste Antikriegspropaganda einsetzen muss, die den Krieg selbst unmöglich macht.

Auf dem Gebiet der internationalen Solidarität wurden, wenn auch keine weltbewegenden, so doch Aktionen durchgeführt, die sich als Vorpostengefechte sehen lassen dürfen. Wir erinnern an die Verhinderung der Kriegstransporte nach Polen, den Boykott gegen Ungarn, die Sammlungen für Russland, Deutschland, Österreich und neuestens England.

Alles in allem: Der Rückblick auf die ersten 25 Jahre internationaler Gewerkschaftsbewegung zeigt, dass es aus kleinen Anfängen unter vielen Mühen vorwärtsgegangen ist. Die Verhältnisse haben natürlich mitgeholfen. Die Verbundenheit der Weltwirtschaft zeigt sich immer mehr. Die Länder verlieren ihre wirtschaftliche Selbständigkeit, sind genötigt, sich gegen-

seitig zu verständigen. Bei dieser Verständigung dürfen die Arbeiter aber nicht fehlen, sonst geht sie auf ihre Kosten.

Ohne vorerst, bei der numerischen Schwäche vieler Organisationen, allzu grosse Illusionen zu erwecken, sei der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, dass die internationale Solidarität im zweiten Vierteljahrhundert der Tätigkeit des I. G. B. die Grundlage seiner Wirksamkeit sein wird. Sie wird sich nicht auf einseitiges Geben und Nehmen beschränken, sondern unser ganzes Wirken umfassen. Der Gedanke der Solidarität wird uns leiten nicht nur bei pekuniären Unterstützungen im Falle von Streikbewegungen, sondern bei unsrigen gesamten sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen und staatspolitischen Bestrebungen.



Bekämpfung der Wirtschaftskrisen.

II.

Im ersten Artikel habe ich die von den Vereinigten Staaten ausgehenden Bestrebungen skizziert, die eine bessere Erforschung der Konjunkturschwankungen und womöglich eine Stabilisierung der Konjunktur bezwecken. Da diese Versuche auch schon in verschiedenen europäischen Ländern, in England, Frankreich, Schweden und neuerdings vor allem in Deutschland, nachgeahmt und voraussichtlich in einiger Zeit auch in der Schweiz Widerhall finden werden, so ist es nötig, sich über die Bedeutung, die diesen Experimenten zukommt, etwas Klarheit zu verschaffen. Es wäre ebenso nachteilig, sie zu überschätzen wie sie zu übersehen.

Die erwähnten Bestrebungen sind zu unterscheiden in solche, die lediglich die *Beobachtung* und vielleicht auch die *Erklärung* der Konjunkturschwankungen zum Ziele haben, und solche, die durch aktive Eingriffe wirtschaftspolitischer Natur eine *Beeinflussung des Wirtschaftslebens*, natürlich im Sinne einer Ausschaltung der Krisen, erreichen wollen. Was zunächst die *Konjunkturbeobachtung* anbetrifft, so sind zwei Methoden bekannt, nach denen sie erfolgen kann. Das eine ist die *geschichtliche Analyse*, die an Hand der Wirtschaftsgeschichte den Wechsel von Hochkonjunktur und Krisis erforscht und zu begründen sucht. Das ist die Methode, die bis vor kurzem von der Wirtschaftswissenschaft angewendet wurde, freilich ohne dass daraus eine allgemein anerkannte Krisentheorie hervorging. Die andere Methode besteht in einer *fortlaufenden Verfolgung* und statistischen Messung der Konjunkturergebnisse. Dieses Verfahren ist vom Harvard Wirtschaftsdienst und neuerdings u. a. auch vom deutschen Institut für Konjunkturforschung eingeführt worden. Die amerikanische und die deutsche Beobachtungsmethode unterscheiden sich wiederum in bezug auf die Objekte, die der Untersuchung besonders unterworfen werden. Während Harvard die Veränderungen im Kreislauf des *Geldes* in den Vordergrund stellt, legt das Berliner Institut etwas grösseres Gewicht auf den Güterkreislauf. Schon das zeigt, dass auch diese Forschungen nicht voraussetzungslös unternommen werden, sondern dass ihnen eine bestimmte Auffassung über den Konjunkturverlauf zugrunde gelegt wird. Allgemein wird ein periodischer Verlauf der Konjunkturschwankungen angenommen, der sich nach einem Schema vollziehen soll. Das Institut für Konjunkturforschung gliedert die ganze Konjunkturperiode in vier Teile: Tiefstand — Aufschwung — Hochspannung — Krisis — Tiefstand¹; die Harvard-Methode fügt zwischen Tiefstand und Aufschwung noch einen Abschnitt «Erholung» ein.

¹ Vierteljahrsshefte zur Konjunkturforschung. Berlin 1926. Heft 1.